Antrag und Bericht der Kommission für Bildung und Kultur* vom 23. September 2025

5966 a Lehrpersonalgesetz (LPG)

(Änderung vom ...; Anpassung neu definierter Berufsauftrag)

^{*} Die Kommission für Bildung und Kultur besteht aus folgenden Mitgliedern: Karin Fehr Thoma, Uster (Präsidentin); Marc Bourgeois, Zürich; Rochus Burtscher, Dietikon; Urs Glättli, Winterthur; Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon; Tobias Infortuna, Egg; Alexander Jäger, Zürich; Ursula Junker, Mettmenstetten; Sibylle Jüttner, Andelfingen; Livia Knüsel, Schlieren; Nadia Koch, Rümlang; Carmen Marty Fässler, Adliswil; Qëndresa Sadriu-Hoxha, Meilen; Roger Schmidinger, Urdorf; Kathrin Wydler, Wallisellen; Sekretärin: Franziska Gasser.

Geltendes Recht

Antrag des Regierungsrates vom 19. Juni 2024

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2025 Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, sofern nichts anderes vermerkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

Lehrpersonalgesetz (LPG)

(Änderung vom ...; Anpassungen neu definierter Berufsauftrag)

Der Kantonsrat, nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 19. Juni 2024, beschliesst: Der Kantonsrat, nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 19. Juni 2024 und der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2025, beschliesst:

> Minderheit Tobias Infortuna, Marc Bourgeois, Alexander Jäger, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger, Kathrin Wydler

Auf das Lehrpersonalgesetz, Anpassung neu definierter Berufseintrag, wird nicht eingetreten.

I. Das Lehrpersonalgesetz vom 10. Mai 1999 wird wie folgt geändert:

Geltendes Recht	Antrag des Regie- rungsrates vom 19. Juni 2024	Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2025 Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, sofern nichts	Minderheiten Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.
		anderes vermerkt.	

Zuteilung der Vollzeiteinheiten

§ 3. ¹ Die für das Bildungswesen zuständige Direktion teilt den Gemeinden aufgrund der Schülerzahlen, eines pro Schulstufe festgelegten Basiswerts und des Sozialindexes die Anzahl der Lehrerstellen in Vollzeiteinheiten zu. ...

§ 3. ¹ Die für das Bildungswesen zuständige Direktion teilt den Gemeinden aufgrund der Schülerzahlen, eines pro Schulstufe festgelegten Basiswerts und des Sozialindexes die Anzahl der Lehrerstellen in Vollzeiteinheiten zu. ...

Geltendes Recht	Antrag des Regie- rungsrates vom 19. Juni 2024	Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. Sep- tember 2025 Zustimmung zum An- trag des Regierungs- rates, sofern nichts anderes vermerkt.	Minderheiten Zustimmung zum Antr	ag der Mehrheit, sofern	nichts anderes vermerk	t.	
		§ 3 Abs 1	Minderheit 1 in Verbindung mit Übergangsbestimmung Kathrin Wydler, Tobias Infortuna, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger	Minderheit 2 in Verbindung mit Übergangsbestimmung Carmen Marty Fässler, Sibylle Jüttner, Qëndresa Sadriu-Hoxha	Minderheit 3 in Ver- bindung mit Über- gangsbestimmung Livia Knüsel, Karin Fehr Thoma	Minderheit 4 in Ver- bindung mit Über- gangsbestimmung Marc Bourgeois, Alexander Jäger	Minderheit 5 in Verbindung mit Übergangsbestimmung Roger Schmidinger, Tobias Infortuna, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher)
Die Verteilung ist so vorzunehmen, dass der kantonale Schüler- durchschnitt pro Voll-	Die Verteilung ist so vorzunehmen, dass der kantonale Schüler- durchschnitt pro Voll-						Die Verordnung regelt die Zuteilungsberechnung.
zeiteinheit auf der Kindergartenstufe höchstens 17,5 Schülerinnen und Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 15,7 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,9 Schülerinnen und Schüler	zeiteinheit auf der Kindergartenstufe höchstens 18,9 Schülerinnen und Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 15,0 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,3 Schülerinnen und Schüler	auf der Kindergartenstufe höchstens 18,4 Schülerinnen und Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 14,6 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,0	auf der Kindergartenstufe höchstens 18,7 Schülerinnen und Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 14,8 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,2	auf der Kindergartenstufe höchstens 17,8 Schülerinnen und Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 14,1 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 13,5	auf der Kindergartenstufe höchstens 18,4 Schülerinnen und Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 14,6 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,0	auf der Kindergartenstufe höchstens 19,0 Schülerinnen und Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 15,1 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,4	

Schüler.

Schüler.

	Geltendes Recht	Antrag des Regie- rungsrates vom 19. Juni 2024	Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. Sep- tember 2025 Zustimmung zum An- trag des Regierungs- rates, sofern nichts anderes vermerkt.	Minderheiten Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.
--	-----------------	--	--	--

Änderungen der Strukturen der Volksschule und der Lektionentafel werden bei der Festlegung der Zahl der Vollzeiteinheiten berücksichtigt. Die Direktion kann besondere Verhältnisse einer Schulgemeinde berücksichtigen. Die Verordnung regelt die Zuteilungsberechnung. Änderungen der Strukturen der Volksschule und der Lektionentafel werden bei der Festlegung der Zahl der Vollzeiteinheiten berücksichtigt. Die Direktion kann besondere Verhältnisse einer Schulgemeinde berücksichtigen. Die Verordnung regelt die Zuteilungsberechnung.

Geltendes Recht	Antrag des Regierungsrates vom 19. Juni 2024	Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2025 Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, sofern nichts anderes vermerkt.	Minderheiten Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.
		§ 3	
			Minderheit Tobias Infortuna, Marc Bourgeois, Alexander Jäger, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Ver- tretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger
			² Die Lohnentwicklung und der Teu- erungsausgleich richten sich nach den Vorgaben der Personalverord- nung in der Fassung vom 24. Ja- nuar 2025.
² Die Gemeinden legen in einem Stellenplan die Aufteilung der Vollzeiteinheiten auf die Ab- teilungen und Klassen fest.	Abs. 2 unverändert.		Abs. 2-4 werden zu Abs. 3-5.
³ Bei geänderten Verhältnissen kann die Anzahl der Vollzeitein- heiten während des Jahres auf	Abs. 3 unverändert.		

Antrag oder nach Anhören der Gemeinde angepasst werden.

⁴ Die Direktion teilt den Gemein-

gen zu.

den aufgrund der Anzahl der Lehrerstellen die zusätzlichen Vollzeiteinheiten für die SchulleitunAbs. 4 unverändert.

Geltendes Recht	Antrag des Regierungsrates vom 19. Juni 2024	Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2025 Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, sofern nichts	Minderheiten Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.
		anderes vermerkt.	

Verwendung der Vollzeiteinheiten

§ 4. Die Aufgaben der Lehrpersonen gemäss §§ 18–18 c sowie die Aufgaben der Schulleitungen gemäss § 44 des Volksschulgesetzes vom 7. Februar 2005 werden im Rahmen der zugewiesenen Vollzeiteinheiten erfüllt. Die Verordnung bezeichnet die Ausnahmen.

§ 4. ¹ Die Aufgaben der Lehrpersonen gemäss §§ 18–18 b sowie die Aufgaben der Schulleitungen gemäss § 44 des Volksschulgesetzes vom 7. Februar 2005 werden im Rahmen der zugewiesenen Vollzeiteinheiten erfüllt.

² Die Verordnung bezeichnet die Ausnahmen.

Beschäftigungsgrad und Unterrichtsverpflichtung

§ 6. ¹ Der Beschäftigungsgrad einer Lehrperson beträgt in der Regel mindestens 35%.

² Ihr Arbeitspensum besteht mindestens zu 60% aus Unterricht.

§ 6. ¹ Der Beschäftigungsgrad einer Lehrperson beträgt in der Regel mindestens 40%.

Abs. 2 unverändert.

Minderheit Marc Bourgeois, Tobias Infortuna, Alexander Jäger, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger

§ 6. ¹ ...

... mindestens 50%.

Geltendes Recht	Antrag des Regierungsrates vom 19. Juni 2024	Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2025 Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, sofern nichts anderes vermerkt.	Minderheiten Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.
b. Schule	b. Zusammenarbeit		

§ 18 a. ¹ Die Lehrperson arbeitet als Mitglied der Schulkonferenz bei der Gestaltung der Schule mit. § 18 a. ¹ Die Lehrperson arbeitet mit anderen Lehrpersonen, den Eltern, der Schulleitung, den Behörden und weiteren Personen im Umfeld der Schule zusammen und wirkt als Mitglied der Schulkonferenz bei der Gestaltung der Schule mit

² Sie stellt sich in angemessenem Umfang für Aufgaben im Schulwesen zur Verfügung. Abs. 2 unverändert.

c. Zusammenarbeit

§ 18 b. Die Lehrperson arbeitet mit anderen Lehrpersonen, den Eltern, der Schulleitung, den Behörden und weiteren Personen im Umfeld der Schule zusammen.

c. Weiterbildung

§ 18 b. Die Lehrperson bildet sich gemäss den gesetzlichen Bestimmungen über die Lehrerbildung für ihren Beruf regelmässig weiter.

d. Weiterbildung

§ 18 c. ¹ Die Lehrperson bildet sich gemäss den gesetzlichen Bestimmungen über die Lehrerbildung für ihren Beruf regelmässig weiter. § 18 c wird aufgehoben.

² Der Besuch von obligatorischen Weiterbildungsveranstaltungen ausserhalb der Unterrichtszeit im Umfang von bis zu vier Wochen pro Jahr führt zu keinen zusätzlichen Lohnansprüchen.

Geltendes Recht	Antrag des Regierungsrates vom 19. Juni 2024	Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2025 Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, sofern nichts	Minderheiten Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.
		anderes vermerkt.	

Arbeitszeit und Tätigkeitsbereiche

a. Grundsatz

§ 19. Die Verordnung regelt die Arbeitszeit, deren Aufteilung auf die Tätigkeitsbereiche gemäss §§ 18–18 c und die Präsenzzeit der Lehrpersonen unter Berücksichtigung der Vorgaben gemäss §§ 19 a–19 c.

c. Für die Tätigkeitsbereiche gemäss §§ 18 a und 18 b

§ 19 b. ¹ Die Verordnung legt für die Tätigkeitsbereiche gemäss §§ 18 a–18 c fest, wie viele Stunden als Arbeitszeit angerechnet werden.

- ² Die Schulleitung kann für einzelne Lehrpersonen eine abweichende Stundenzahl festlegen.
- ³ Die Lehrperson erfasst ihren Zeitaufwand.

§ 19. Die Verordnung regelt die Arbeitszeit, deren Aufteilung auf die Tätigkeitsbereiche gemäss §§ 18–18 b und die Präsenzzeit der Lehr-personen unter Berücksichtigung der Vorgaben gemäss §§ 19 a–19 c.

§ 19 b. ¹ Die Verordnung gibt für die Tätigkeitsbereiche gemäss §§ 18 a und 18 b Richtwerte vor, wie viele Stunden als Arbeitszeit angerechnet werden.

Abs. 2 unverändert.

Abs. 3 wird aufgehoben.

Geltendes Recht	Antrag des Regierungsrates vom 19. Juni 2024	Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2025	Minderheiten Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.
		Zustimmung zum Antrag des	
		Regierungsrates, sofern nichts	
		anderes vermerkt.	

d. Für die Klassenlehrpersonen, die Berufseinführung und besondere Aufgaben

§ 19 c. ¹ Die Verordnung legt fest, wie viele Stunden für die Klassenlehrpersonen und für die Lehrpersonen in der Berufseinführungsphase als Arbeitszeit angerechnet werden.

² Für besondere Aufgaben kann die Verordnung festlegen, wie viele Stunden an die Arbeitszeit angerechnet werden. Minderheit Marc Bourgeois, Tobias Infortuna, Alexander Jäger, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger

§ 19 c. ¹ Klassenlehrpersonen erhalten pro Klasse eine Zeitpauschale

- a. von 100 Stunden bei einem Beschäftigungsgrad von weniger als 80%,
- b. zwischen 100 und 140 Stunden bei einem Beschäftigungsgrad von 80% und mehr.

Abs. 1-2 werden zu Abs. 2-3.

Geltendes Recht	Antrag des Regierungsrates vom 19. Juni 2024	Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. Sep- tember 2025 Zustimmung zum An- trag des Regierungs- rates, sofern nichts	Minderheiten Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.
		anderes vermerkt.	

zu § 3 Abs. 1 Marc Bourgeois, Alexander Jäger

Folgeminderheit 4

Folgeminderheit 5
zu § 3 Abs. 1 Roger
Schmidinger, Tobias
Infortuna, Ursula
Junker, Thomas
Lamprecht (in Vertretung von Rochus
Burtscher)

streichen.

streichen.

Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Geltendes Recht	Antrag des Regie-	Antrag der	Minderheiten			
Contonidos recont	rungsrates vom 19. Juni 2024	Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2025 Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, sofern nichts anderes vermerkt.		ag der Mehrheit, sofern	nichts anderes vermerkt.	
		Ûbergangsbestim- mung zur Folgeantrag zu § 3 Abs. 1	Folgeminderheit 1 zu §3 Abs. 1 Kathrin Wydler, Tobias Infor- tuna, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger	Folgeminderheit 2 zu §3 Abs. 1 Carmen Marty Fässler, Sibylle Jüttner, Qëndresa Sadriu-Hoxha	Folgeminderheit 3 zu § 3 Abs. 1 Livia Knü- sel, Karin Fehr Thoma	
	Im ersten Schuljahr nach Inkrafttreten der Änderung ist die Ver- teilung gemäss § 3 Abs. 1 so vorzuneh- men, dass der kanto- nale Schülerdurch- schnitt pro Vollzeitein- heit auf der Kindergar- tenstufe höchstens 19,0 Schülerinnen und	auf der Kindergar- tenstufe höchstens 18,7 Schülerinnen und	auf der Kindergar- tenstufe höchstens 18,9 Schülerinnen und	auf der Kindergar- tenstufe höchstens 18,5 Schülerinnen und	auf der Kindergar- tenstufe höchstens 18,8 Schülerinnen und	
	Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 15,1 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,4 Schülerinnen und Schüler. II. Diese Gesetzesänderung untersteht	Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 14,8 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,2	Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchs- tens 15,0 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,4	Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 14,7 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,0	Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchs- tens 14,9 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,3	

ferendum.

Geltendes Recht	Antrag des Regierungsrates vom 19. Juni 2024	Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. Sep- tember 2025 Zustimmung zum An- trag des Regierungs- rates, sofern nichts anderes vermerkt.	Minderheiten Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.
-----------------	---	--	--

III. Mitteilung an den III. streichen. Regierungsrat.

Bericht

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat schlägt Anpassungen am neu definierten Berufsauftrag für Lehrpersonen (nBA) vor. Er stützt sich dabei auf eine externe Evaluation der Neuerungen, die seit dem Schuljahr 2017/18 in Kraft sind.

2. Grundzüge der Vorlage

Aufgrund der Evaluation soll das Lehrpersonalgesetz (LPG) in vier Punkten angepasst werden:

Erstens will der Regierungsrat die Klassenlehrpersonen stärken: Ihnen sollen neu jährlich mindestens 120 Stunden pro Klasse als Arbeitszeit angerechnet werden. Heute sind es pauschal 100 Stunden. Die Schulleitungen haben die Kompetenz, in Ausnahmefällen aufgrund der Klassengrösse und -zusammensetzung weitere Stunden zuzuteilen. Es wird damit gerechnet, dass die durchschnittliche Höhe der Pauschale schliesslich bei rund 140 Stunden liegen dürfte. Dieser Durchschnitt diente als Basis für die Ermittlung der Kosten. Die Erhöhung der Pauschale soll in zwei Schritten erfolgen, um die finanzielle Umsetzung zu erleichtern.

Zweitens soll der minimale Beschäftigungsgrad von Lehrpersonen von 35% auf 40% erhöht werden. Damit soll der zunehmende Bedarf an Lehrpersonen besser gedeckt sowie die Anzahl Lehrpersonen pro Klasse verkleinert werden.

Drittens will der Regierungsrat die Tätigkeitsbereiche «Schule», «Zusammenarbeit» und «Klassenlehrpersonen» zusammenlegen und so Lehrpersonen wie Schulleitungen administrativ entlasten.

Aus demselben Grund soll viertens die obligatorische Zeiterfassung der Tätigkeitsbereiche aufgehoben werden.

3. Zusammenfassung der Beratung in der Kommission

Neben der Diskussion über die einzelnen Punkte und die grundsätzliche Notwendigkeit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen haben sich zwei Hauptthemen herauskristallisiert: Zum einen zeigte sich, dass einige Gemeinden die möglichen Kostenfolgen fürchten und ein Behördenreferendum in Betracht ziehen. Die Kommission nahm die Bedenken ernst und informierte sich eingehend zum Kostenteiler zwischen Gemeinden und Kanton in der Bildung insgesamt, also nicht nur auf Stufe Volksschule. Der Gemeindepräsidentenverband (GPV) wurde angehört. Zum anderen ergab sich ein formales Problem: Der für die Reform zentrale Faktor der Stundenpauschale der Klassenlehrpersonen kann auf Gesetzesstufe nur mittelbar beeinflusst werden. § 3 Abs. I LPG legt die Anzahl der Lehrerstellen in Vollzeiteinheiten für die verschiedenen Stufen der Volksschule fest. In diesen rechnerischen

Wert fliesst nebst anderen Faktoren, wie etwa dem Lektionenfaktor (anrechenbare Stunden pro Wochenlektion an die Jahresarbeitszeit), auch derjenige der Stundenpauschale der Klassenlehrperson ein. Anträge zur Stundenpauschale der Klassenlehrpersonen und zum Lektionenfaktor können deshalb nur indirekt gestellt werden. Entsprechend muss bei jedem Antrag erläutert werden, wie die einzelnen Faktoren der Mischrechnung zu gewichten sind (vgl. Pkt. 4, Anträge zu § 3 Abs. 1.).

4. Erläuterungen zu den Kommissionsanträgen

Antrag auf Nicht-Eintreten

Die Minderheit¹ beantragt Nicht-Eintreten. Sie hält eine umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Lehrpersonen für nicht notwendig. Die Erhöhung des Lektionenfaktors für alle Lehrpersonen käme einer Lohnerhöhung gleich, da weniger Arbeit bei gleichem Lohn gleistet werden müsse. Die Kosten für die Volksschule seien in den vergangenen Jahren bereits massiv gestiegen. Die Vorlage bringe weitere hohe Kosten für Kanton und Gemeinden bei wenig Nutzen für die Bildungsqualität.

Die Mehrheit begrüsst die Anpassungen beim neuen Berufsauftrag. Es seien an den Schulen gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, insbesondere seien Überstunden abzugelten. Mehrkosten seien dafür in Kauf zu nehmen.

§ 3 Abs. 1

Hier kommen aus der Kommission vier Minderheitsanträge, welchen je nach Haltung der Minderheit andere Klassenlehrpersonen-Pauschalen (KLP-Pauschale) und Lektionenfaktoren zugrunde liegen. Diese für die Reform zentralen Faktoren fliessen in die Mischrechnung zur Eruierung der Anzahl Vollzeiteinheiten für Lehrerstellen pro Stufe ein. Die Anzahl Vollzeiteinheiten ist der einzige Wert, der auf Gesetzesstufe geregelt werden kann (zur Schwierigkeit der Antragstellung vgl. Pkt. 2).

Details zur Berechnung: Die KLP-Pauschale kann entweder als fixe oder als minimale Stundenzahl definiert werden. Bei einer minimalen Stundenzahl muss für den notwendigen Gestaltungsspielraum eine höhere durchschnittliche Stundenzahl festgelegt werden. Die minimale Stundenzahl kann nicht für die Berechnung der Werte beigezogen werden. Entsprechend handelt es sich in der nachstehenden Tabelle entweder um die fixe Stundenzahl oder die durchschnittliche Stundenzahl der KLP-Pauschale. Der Lektionenfaktor definiert, wie viele Arbeitsstunden einer Lehrperson in der Regel für das Erteilen einer Unterrichtslektion während eines Schuljahres an die Arbeitszeit angerechnet wird.

¹ Tobias Infortuna, Marc Bourgeois, Alexander Jäger, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger, Kathrin Wydler.

Anträge	Lektionen- faktor (h/WL)	KLP- Pauschale (h/Jahr)	Werte § 3 Abs. 1 LPG			Mehrkosten in Mio. Franken gegenüber RRB (= Mehrkosten 6 Mio. Kanton / 25 Mio. Gemeinden)		
			Kinder- garten	Primar	Sek	Kanton	Gemeinden	Total
Kommissions- mehrheit	59	160	18,4	14,6	14,0	9,7	42,3	52,0
Minderheit 12	58	160	18,7	14,8	14,2	4,2	16,6	20,8
Minderheit 23	62	140	17,8	14,1	13,5	22,8	104,8	127,6
Minderheit 34	58	200	18,4	14,6	14,0	9,7	38.8	48,5
Minderheit 45	58	120	19,0	15,1	14,4	-2,6	-10,6	-13,2
Antrag RR zum Vergleich	58	140	18,9	15,0	14,3	0	0	0

Eine fünfte Minderheit⁶ schliesslich will die umstrittene Zuteilungsberechnung in einer Verordnung regeln. Das solle eine flexiblere und schnellere Anpassung der Zuteilung der Vollzeiteinheiten ermöglichen. Die Mehrheit der Kommission lehnt eine Zuteilungsregelung in einer Verordnung ab. Der Kantonsrat soll die mit dem Sanierungsprogramm 04 (Sano4) erhaltene Kompetenz der Zuteilung nicht wieder an die Regierung abtreten.

Die Mehrheit der Kommission einigte sich in einem Kompromiss auf den Antrag mit Lektionenfaktor 59 und einer KLP-Pauschale von 160 h/Jahr.

Der Kommissionsantrag und die Minderheitsanträge 1–3 führen zu Anpassungen der Übergangsbestimmung (Folgeanträge). Die Minderheit 4 sieht vor, dass die von ihr beantragte Änderung ohne die zeitliche Staffelung in Kraft tritt, zumal die Mehrkosten geringer sind als beim Antrag der Regierung. Bei einer Regelung in einer Verordnung gemäss Antrag Minderheit 5 entfällt die Übergangsbestimmung.

§ 3 Abs. 2 (neu)

Die Minderheit⁷ möchte, dass das Lehrpersonal bezüglich Lohnentwicklung und Teuerungsausgleich absolut gleich wie das übrige kantonale Personal gehalten wird. Das ermögliche eine Vereinheitlichung der Prozesse und Entschädigungen.

² Kathrin Wydler, Tobias Infortuna, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger.

³ Carmen Marty Fässler, Sibylle Jüttner, Qëndresa Sadriu-Hoxha.

⁴ Livia Knüsel, Karin Fehr Thoma.

⁵ Marc Bourgeois, Alexander Jäger.

 $^{^6}$ Roger Schmidinger, Tobias Infortuna, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher).

⁷ Tobias Infortuna, Marc Bourgeois, Alexander Jäger, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger.

Die Mehrheit lehnt das ab. Das Lehrpersonal habe heute bereits weitestgehend gleiche Bedingungen wie das übrige Personal im Kanton. Die strukturierte Lohneinstufung führe zu einem Nachteil für Lehrpersonen, deshalb soll ihnen weiterhin ein Ausgleich durch einen teilweise automatisierten Stufenanstieg gewährt werden. Zudem würde die beantragte Änderung zu einer Ungleichbehandlung von Lehrpersonen der Volksschulen und solchen der Berufsfach- und Mittelschulen führen.

§ 6 Abs. 1

Die Minderheit⁸ möchte den regulären Beschäftigungsgrad von Lehrpersonen auf mindestens 50% erhöhen. Diese Erhöhung helfe, den zunehmenden Bedarf an Lehrpersonen zu decken und verringere die Anzahl Lehrpersonen pro Klasse. Das führe nicht nur zu weniger Koordinationsbedarf und mehr Effizienz, sondern auch dazu, dass die Schülerinnen und Schüler sich an weniger Personen ausrichten müssten als heute.

Die Mehrheit lehnt den Antrag ab. Eine Erhöhung des regulären Pensums auf 50% erschwere nicht nur den Wiedereinstieg in den Lehrberuf bei familiären Betreuungsaufgaben, sondern bedinge bei gewissen Fächerkombinationen eine Anstellung in mehreren Gemeinden, falls eine Gemeinde allein dieses Pensum nicht bieten könne. Insgesamt könne eine starke Erhöhung des Normpensums sich negativ auf die Stellensituation auswirken.

\$ 19c

Die Minderheit⁹ möchte eine Zeitpauschale für Klassenlehrpersonen, die von deren Beschäftigungsgrad abhängt. Ein höherer Beschäftigungsgrad bedeute eine höhere Belastung und rechtfertige eine höhere Pauschale für die zu erledigenden Aufgaben.

Die Mehrheit lehnt den Antrag ab, da die zu erledigenden Arbeiten einer Klassenlehrperson nicht von deren Beschäftigungsgrad abhingen, sondern von der Grösse und Zusammensetzung der Klasse. Es gebe im kantonalen Personalrecht auch keine vergleichbare Regelung, es wäre neu, den Beschäftigungsgrad auf eine solche Art zu honorieren. Der Antrag könnte auch nur umgesetzt werden, wenn der Tätigkeitsbereich «Klassenlehrperson» wieder separat geführt würde, was den Zielen der Gesetzesreform widerspräche.

⁸ Marc Bourgeois, Tobias Infortuna, Alexander Jäger, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger.

⁹ Marc Bourgeois, Tobias Infortuna, Alexander Jäger, Ursula Junker, Thomas Lamprecht (in Vertretung von Rochus Burtscher), Roger Schmidinger.

5. Finanzielle Auswirkungen der Kommissionsanträge

Der Kommissionsantrag zu § 3 Abs. I führt zu Mehrkosten von insgesamt 83 Mio. Franken, davon entfallen 17,7 Mio. Franken auf den Kanton und 67,3 Mio. Franken auf die Gemeinden. Die Kosten der Minderheitsanträge I bis 4 zu § 3 Abs. I sind in der Tabelle unter Punkt 4 aufgeführt.

6. Regulierungsfolgeabschätzung

Die Gesetzänderung führt gemäss Bericht der Regierung zu keinen Mehrbelastungen bei Unternehmen im Sinne des Gesetzes zur administrativen Entlastung der Unternehmen vom 5. Januar 2009 (LS 930.1).

7. Chronologischer Ablauf

Die Kommission behandelte die Gesetzesvorlage an insgesamt 13 Sitzungen:

- 27. August 2024: Präsentation Vorlage
- 24. September 2024: Klärung von Fragen
- 29. Oktober 2024: Beschluss auf Eintreten, Beginn 1. Lesung
- 19. November 2024: Fortsetzung Beratung
- 14. Januar 2025: Beratung
- 4. Februar 2025: Beratung
- 1. April 2025: Information Kosten gesamter Bildungsbereich, Kostenteiler Kanton/Gemeinden
- 20. Mai 2025: Anhörung GPV
- 3. Juni 2025: Beratung
- 17. Juni 2025: Beratung
- 8. Juli 2025: Abschluss 1. Lesung
- 26. August 2025: 2. Lesung
- 23. September 2025: Schlussabstimmung

8. Antrag der Kommission

Die Kommission für Bildung und Kultur beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten und diese im Sinne der Kommissionsmehrheit zu verabschieden. Die Minderheit beantragt Nicht-Eintreten.

Zürich, 23. September 2025

Im Namen der Kommission

Die Präsidentin: Die Sekretärin: Karin Fehr Thoma Franziska Gasser